

THE WATCHFUL SOCIETY

Sexuality, Society, and Vigilance in East-Central and Southeast Europe 1945-1989

Die kommunistischen Regierungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Ostmittel- und Südosteuropa an die Macht kamen, versprachen eine progressive Grundsanierung des Staates. Dazu gehörte auch die Überwindung patriarchaler Geschlechterverhältnisse und einer repressiven, von den Kirchen bestimmten Sexualmoral. Die Jahrestagung des Collegium Carolinum, die vom 17. bis 20. November 2022 im bayerischen Fischbachau stattfand, widmete sich der Frage, ob es in den staatssozialistischen Ländern gelang, solch eine „neue Moral“ zu etablieren. Das Interesse galt dabei insbesondere den gesellschaftlichen Akteur:innen und der Frage, wie diese gesetzlich kodifizierte Geschlechterrollen und sexuelle Normen interpretierten, ihnen zur Durchsetzung verhalfen und auf beobachtete Abweichungen reagierten.

Die Konferenz, konzipiert von Christiane Brenner und Martin Schulze Wessel (beide München), ging aus ihrem Teilprojekt des Sonderforschungsbereichs (SFB) 1369 „Vigilanzkulturen“ an der LMU München hervor, und fand in Kooperation mit diesem statt. Leitend war die Frage, welche Rolle Wachsamkeit in den Gesellschaften Ostmittel- und Südosteuropas spielte, wenn es um Geschlechternormen und um Sexualität ging.

Dass Vigilanz nicht mit staatlicher Überwachung gleichgesetzt werden darf, verdeutlichte der Sprecher des SFB, Arndt Brendecke, in seiner Einführung. Er zeigte an historischen und aktuellen Beispielen, wie die Aufmerksamkeit der Vielen evoziert, gebündelt und dazu genutzt wurde und wird, Menschen zu mobilisieren und eine gesellschaftliche Ordnungspraxis zu etablieren. Der Appell „if you see something, say something“ sei nicht erst mit 9/11 angekommen, Varianten dieser Auf-

forderung ließen sich schon für das alte Ägypten finden. Als Forschungskonzept sei Vigilanz zunächst wertungsoffen. Im SFB gehe es darum, am konkreten Beispiel zu untersuchen, wie sie begründet, ausgerichtet und aufrechterhalten werde und welche Handlungsoptionen mit Wachsamkeit verbunden seien.

Wie sich dieses Konzept für die Erforschung sozialistischer Gesellschaften produktiv nutzen lässt, erläuterte Christiane Brenner in ihrer kurzen Einführung in das Tagungskonzept. Am Beispiel ihres SFB-Forschungsprojekts zur Prostitutionspolitik der sozialistischen Tschechoslowakei verdeutlichte sie die Widersprüche, die der Durchsetzung der neuen (Sexual-) Moral eingeschrieben waren: Einerseits war es das erklärte Ziel, sich von überkommenen Geschlechterrollen und Familienbildern zu lösen, andererseits transportierte die sozialistische Utopie wie alle Weltverbesserungsideen auch ausgesprochen frühe Ideale. Und schließlich schlich sich in die Umsetzung der neuen Sexual- und Familienpolitik viel mehr Tradition ein, als zugeben wurde. Wachsamkeit über die Moral wurde zwar propagiert und zur gesellschaftlichen Stabilisierung genutzt, doch konnten vom Staat gesetzte Normen im Dienste ebendieser Stabilität auch unterlaufen werden. So zeigte sich die Praxis der Behörden bei der Verfolgung abweichenden Verhaltens als hochselektiv: Während bestimmte Typen von Armutsprostitution scharf verfolgt wurden, schaute der Staat in den Interhotels, wo kommerzieller Sex gegen Devisen angeboten wurde, zumeist einfach weg.

Das erste Panel unter der Leitung von Darina Volf (München) fragte danach, wie Geschlechter- und Sexualnormen in der formativen Phase des sozialistischen Staats verhandelt wurden. Iva Jelušić (Bergen) illustrierte in ihrem Beitrag die Rollenerwartungen, mit denen jugoslawische Partisaninnen in der Endphase des Krieges und der frühen Nachkriegszeit konfrontiert waren. Das Ideal der Partisanin transportierte das Versprechen auf Überwindung konservativer Rollenmuster, doch waren diesem nicht nur durch die männlich dominierte Umgebung Grenzen eingeschrieben. Wie Jelušić anhand von Tagebucheinträgen und Fotos demonstrierte, prallten in der Partisanenbewegung auch Normvorstellungen der bäuerlichen Mehrheit und der Minderheit organisierter Sozialist:innen aus der Stadt aufeinander.

Doch nicht allein in Männerdomänen konnten Frauen im Sozialismus Machtlosigkeit erfahren: Ota Konrád (Prag) stellte seine aktuelle Forschung zu sexualisierter Gewalt innerhalb der Familie vor, bei der er die Tschechoslowakei und Westdeutschland zwischen 1945 und 1970 vergleicht. Es handle sich um eine Geschichte des Schweigens und der Unsichtbarkeit, konstatierte Konrád und belegte für die Tschechoslowakei der 1950er Jahre eine beträchtliche Diskrepanz zwischen fortschrittlichen Gesetzen und der Alltagsrealität. Anders als in der jungen Bundesrepublik propagierte man hier zwar die partnerschaftliche Ehe und erwartete von der Gesellschaft, hinzusehen und aktiv einzugreifen, wenn Unrecht geschah. Doch wurde Gewalt erst als solche erkannt, wenn ein Opfer sichtbare physische Schäden davontrug. Auch im Falle sexueller Übergriffe herrschte große Scheu, in Familienangelegenheit zu intervenieren.

Den Spannungen, die zwischen traditionellen Moralvorstellungen und neuen Gesetzen entstanden, ging Enis Sulstarova (Tirana) anhand von Bittbriefen nach, die Frauen 1960/1961 im stalinistischen Albanien an Enver Hoxha schrieben, von dem

sie sich Hilfe in familiären Konflikten erhofften. Der prüfende Blick des Parteiführers auf Familienangelegenheiten und seine Entscheidung, die von politischen Faktoren ebenso abhing wie von der „Moral“ der Frau, verlängerte auf höchster Ebene die formal abgeschaffte Institution des „Paterfamilias“ und machte die ideologische Verschränkung der privaten und öffentlichen Sphäre deutlich.

Das zweite Panel, moderiert von Michal Pullmann (Prag), galt der Überwachung und Instrumentalisierung von sexuellem Verhalten, das nicht der propagierten Norm entsprach. Priska Komaromi (Berlin) stellte Beispiele von Sexarbeiterinnen vor, die der ungarische Geheimdienst in den 1980er Jahren als informelle Mitarbeiterinnen rekrutierte und als „Honey Traps“ einsetzte, um Geschäftsmännern und Diplomaten aus dem Ausland Informationen zu entlocken. Da die Frauen als unpolitisch wahrgenommen wurden, konnten sie größtenteils erfolgreich im Geheimen operieren. Komaromi führte auch Fälle an, in denen Frauen sich selbst dekonspirierten oder die Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit beendeten. Frauen in sexueller Arbeit, die mit der Staatssicherheit kooperierten, betonte sie, verfügten durchaus über Handlungsspielräume und nutzten diese Möglichkeiten auch zur Selbstbestimmung.

Einen deutlichen Kontrast zu dieser Einschätzung legte Anca Şincan (Bukarest) in ihrem Vortrag über eine Schwesternschaft vor, zu der sie Material in den Akten der rumänischen Geheimpolizei Securitate ausgewertet hat. Diese zeugen von dem signifikanten Einfluss, den die Securitate auf das Leben innerhalb des Ordens nahm, wobei sie moralische Erpressung einsetzte. Şincan verwies auch auf die männlich dominierten Führungsstrukturen innerhalb der im Untergrund tätigen katholischen Kirche in Rumänien.

Für den letzten Vortrag des zweiten Panels wurde Mark Cornwall aus Southampton zugeschaltet, der einen spannenden Bericht über die Auswertung der Akten gab, die die tschechoslowakische Staatssicherheit StB zu ihm angelegt hat. Cornwall war während eines studentischen Aufenthalts in Prag 1989 beschattet worden – ein zufälliger Handschlag mit Václav Havel bei einer Kundgebung im Frühjahr hatte dafür vermutlich den Ausschlag gegeben. Aus den erhaltenen StB-Berichten entnahm Cornwall, dass die Überwachung inkonsequent war und von rasch gefassten Annahmen ausging: Die Mitarbeiter der StB folgten Cornwall nur tagsüber und interpretierten ihre Beobachtungen großzügig im Sinne der Staatsfeind-These. Zudem sahen sie ihn durch eine heteronormale Brille: Jede Frau, die er traf, erschien ihnen als potentielle Geliebte des „Objekts“, folglich blieben sie für dessen Homosexualität blind.

Die abendliche Key Note Lecture bestritt mit Mariacarla Gadebusch Bondio (Bonn) ein weiteres Mitglied des SFB Vigilanzkulturen. Gadebusch Bondio, die zur Geschichte und Ethik der Medizin der Frühneuzeit forscht, sprach über weibliche Genitalverstümmelung. Sie vollzog den Transfer des Wissens über diese in afrikanischen Ländern praktizierten Eingriffe nach Europa nach und zeigte, wie europäische Ärzte „wissenschaftliche“ Begründungen produzierten, solche Praktiken als probates Mittel der Geschlechternormierung erscheinen zu lassen. Dazu zeigte sie in ihrer Präsentation Bilder mächtiger Männer, die den weiblichen Körper durch ihre „Studien“ vermaßen und bis hin zu Klitorisamputationen gewaltsam versuchten, ihn operativ zu bändigen.

Das erste Panel des zweiten Konferenztages „Non-Normative Sex and the Socialist State“, moderiert von Franz Schindler (Gießen), galt Queerness im Sozialismus. Věra Sokolová (Prag) führte in ihrem Beitrag vor Augen, dass queere Menschen, auch nachdem 1961 Homosexualität in der Tschechoslowakei entkriminalisiert worden war, unsichtbar bleiben sollten. Das öffentliche Schweigegebot erlegte ihrem Leben viele Grenzen auf – zum Beispiel kämpfte ein schwuler Mann viele Jahre darum, ein Kontaktgesuch in einer Zeitung aufgeben zu können. Sokolová unterstrich jedoch, dass die Geschichte queerer Menschen keine Unterdrückungs- oder Opfergeschichte sei. So habe die Unmöglichkeit, offen über Homosexualität zu sprechen, gerade lesbischen Frauen oft einen Raum eröffnet, ihr Leben nach ihren eigenen Wünschen zu führen. Dazu sei es allerdings nötig gewesen, diskursive „Drahtseilakte“ zu vollziehen.

Anders als in der Tschechoslowakei nach 1961, wurden homosexuelle Männer im sozialistischen Bulgarien inhaftiert und öffentlich gedemütigt, wie Shaban Darakchi (Sofia/Antwerpen) aufzeigte. Die spätere Entkriminalisierung von Homosexualität habe nicht dazu geführt, dass diese Menschen gesellschaftlich akzeptiert und integriert wurden. Anstatt als Straftat galt gleichgeschlechtliche Liebe nun als Krankheit, die geheilt werden müsse.

Nachdem in den 1970er Jahren eine relative Toleranz bestanden hatte, wurden homosexuelle Männer im sozialistischen Polen nach Ausrufung des Kriegsrechts 1981 verschärft kriminalisiert. Die Logik, nach der der Staat von der Norm abweichendes sexuelles Verhalten verfolgte, erläuterte Anna Dobrowolska (Fiesole) am Beispiel von Prostitution in der homosexuellen Szene. Dobrowolska ging speziell auf die Operation „Hiacynt“ von 1985 bis 1987 ein, eine Aktion der polnischen Sicherheitsbehörden gegen die schwule Community, die aus Festnahmen, Verhaftungen und Folter bestand und den Höhepunkt der institutionalisierten Homophobie in Polen bildete. Bemerkenswerterweise stellten queere Aktivisten ihre Bemühungen auch dann nicht ein, als viele schwule Männer festgenommen wurden. Vielmehr bildete die Verfolgung einen zusätzlichen Ansporn für ihren Aktivismus.

Über den sozialen Druck, der auf Frauen ausgeübt wurde, denen eine von der Norm abweichende Sexualität nachgesagt wurde, sprach Henrike Voigtländer (Dresden). Sie kontrastierte dabei den populären DEFA-Film „Die sieben Affären der Doña Juanita“ aus dem Jahr 1973, in dem weibliche sexuelle Selbstbestimmung zwar kontrovers verhandelt, aber schließlich doch positiv gewertet wird, mit Quellen aus DDR-Industriebetrieben. Frauen, die ihre Sexualpartner wechselten oder sexuelle Beziehungen neben der Ehe hatten, wurden von Kolleg:innen gemieden, Hinweise auf ihre angeblich schlechte Moral fanden auch in Akten der Staatssicherheit Eingang. Ein solches „Slutshaming“ blieb Männern, denen Ähnliches nachgesagt wurde, erspart, wie Voigtländer betonte.

Das zweite Panel des Tages „Monitoring Reproduction and the Family“ unter der Leitung von Gabriela Dudeková-Kovačová (Bratislava) verdeutlichte, wie entschieden der Staat ins Private eingriff, um eine Bevölkerung zu schaffen, die sozialistischen Idealen entsprach. Die Kontrolle der Geburtenrate stellte dafür einen wichtigen Baustein dar. Eva Škorvanková (Bratislava) ging auf die Mittel ein, mit denen das Reproduktionsverhalten der Roma-Minderheit in der Slowakei kontrolliert werden

sollte. So wurden Romnja in den 1950er Jahren Intrauterinpressare in die Gebärmutter eingesetzt oder Zwangsabtreibungen an Schwangeren durchgeführt, die bereits mehrere Kinder hatten. Später wurden viele von ihnen ohne ihr Einverständnis sterilisiert.

In Polen war es dagegen ein zentrales politisches Ziel, die „vaterlose Gesellschaft“ der Nachkriegszeit zu höheren Geburtenraten zu führen. Auch hier ging es darum, wie Michael Zok (Warschau) darlegte, die „falschen“ Menschen vom Kinderkriegen abzubringen und die „richtigen“ dazu zu animieren. Dieses Vorhaben wurde mit unterschiedlichen Mitteln verfolgt – Anreizen, Aufklärung, moralischem Druck – und blieb erfolglos: Die rückläufige Geburtenentwicklung ließ sich nicht stoppen.

Die Jahrestagung endete mit einem thematischen Schwenk in die Künste: Jana Osterkamp (München) moderierte das letzte Panel „Sex and the Body in Public and the Arts“, das Daniel Molnár (Berlin) mit einem Vortrag über die Budapester Vergnügungs- und Theaterszene zwischen 1945 und 1978 eröffnete. Der sozialistische Staat bekämpfte in den 1950er Jahren das Varieté-Theater als Verstoß gegen die „sozialistische Moral“ und reglementierte es streng. Nachdem Versuche, es unter sozialistischen Vorzeichen wiederzubeleben, fehlschlagen, konnte die Kunstform mit zunehmendem Tourismus aus dem westlichen Ausland an Ansehen und Popularität gewinnen: Leicht bekleidete Körper auf der Bühne waren wieder erlaubt, weil sie Devisen brachten.

Ein ähnliches Phänomen stellte Cathleen Giustino (Auburn) am Beispiel der Schmuckfabrikation im nordböhmischen Jablonec nad Nisou/Gablonz vor. Die beliebten Schmuckmessen wurden zwischen 1950 und 1980 international mit Plakaten beworben, auf denen Frauen Ketten und Ohrringe in erotischer Weise präsentierten. Die fulminanten, von bekannten Künstler:innen gestalteten und von Models betreuten Stände setzten ebenfalls auf Sinnlichkeit. Im Vortrag sowie der Diskussion ging es darum, ob diese Inszenierung und Bewerbung des Schmucks die Models sexualisierte und die Bilder von einem ausländischen männlichen Blick bestimmt waren oder die Erotik eine Selbstbestimmtheitsdynamik entwickelte, die gängige Gendernormen erweiterte und weibliche sexuelle Lust sichtbar machte. Giustino bezog sich dabei wie ihre Vorredner:innen auf die Agency der beteiligten Models – oft Beschäftigte der örtlichen Schmuckfabrik.

Die Jahrestagung des Collegium Carolinum, die sich durch eine thematische wie regionale Fülle und rege Diskussionen auszeichnete, hat gezeigt: Sozialistische Staaten haben auf programmatischer Ebene Fortschritte in den Verhältnissen zwischen den Geschlechtern und eine Liberalisierung der sexuellen Moral gebracht. Zugleich war es der Anspruch des Staates, Normen vorzugeben und die Einhaltung der proklamierten sexuellen Moral sicherzustellen. Dies erfolgte zum einen in top-down-Manier, etwa durch das Unsichtbarmachen von gleichgeschlechtlicher Liebe in der Öffentlichkeit oder durch die Reglementierung von Reproduktion. Zudem wurden Bürger:innen zur Wachsamkeit gegenüber Normabweichungen angehalten und damit als erweiterter Arm des Staates instrumentalisiert. Allerdings fehlte es bei der Durchsetzung oftmals an Konsequenz und klaren Vorgaben. Die staatlichen Organe bremsten somit den Wandel von unten aus und die Menschen hatten Schwierigkeiten, dieses Programm in ihrer Lebensrealität umzusetzen. In einigen Bereichen

existierte eine alte Moral in neuer Sprache weiter. Auf persönlicher Ebene zeigte sich dies in Verdrängen und Schweigen. Die individuelle nicht-normative Sexualität machte Menschen angreifbar und erpressbar.